



Regierungsratsbeschluss vom 27. September 2022

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF;
Verlängerung und Änderung der Verordnung über den Normalarbeitsvertrag
für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft (NAV Haus-
wirtschaft); Vernehmlassung

P221123

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Begründung

Der Regierungsrat heisst die vom Bund vorgeschlagene Verlängerung des Normalarbeitsvertrag NAV Hauswirtschaft mit der damit verbundenen Anpassung des Lohns und der Integration der Teuerung grundsätzlich gut. In dieser Berufsgruppe ist der Frauen- und Ausländeranteil hoch und das Bildungsniveau relativ niedrig; auch hat das Alter der Arbeitskräfte zwischen 2010 und 2020 zugenommen. Die ausländischen Arbeitskräfte stammen vorwiegend aus Spanien, Polen, Italien und Rumänien, wobei eine Zunahme bei Personen aus den EU-10-Staaten zu verzeichnen ist. Ebenso nimmt der Anteil von Personen aus Drittstaaten zu. In diesen Ländern ist das Lohnniveau deutlich tiefer als in der Schweiz. Die Verstossquote gegen die Mindestlöhne des NAV ist schweizweit mit 10% relativ hoch. In seiner Stellungnahme fordert der Regierungsrat jedoch eine Anpassung der Mindestlöhne auf das Niveau des basel-städtischen Mindestlohns.

